

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Beirates der Unteren Naturschutzbehörde**  
**am 31.01.2023**

Tagungsort: Else-Zimmermann-Saal, Technisches Rathaus

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:55 Uhr

**Anwesend:**

**Mitglieder**

Herr Martin Bopp

Frau Dr. Wiebke Homann

Frau Dr. Ruth Jakobs

Herr Thomas Keitel

Herr Andreas Krumme

Herr Jürgen Lücking

Herr Hans-Jürgen Pohl

Frau Claudia Quirini-Jürgens - Vorsitzende

Frau Martina Varchmin

Herr Frank Wächter

**Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Prof. Dr. Roland Sossinka

Herr Gerd Weichynik

**Stellvertretende nichtstimmberechtigte Mitglieder**

Herr Meinolf Ottensmann

**Verwaltung**

Frau Katrin Köppe – Dezernat 3

Frau Tanja Möller – Umweltamt - ab TOP 2

Frau Friederike Hennen – Umweltamt

Frau Dagmar Maaß – Umweltamt

**Schriftführung**

Frau Regina Kögel

## Öffentliche Sitzung:

### **Zu Punkt 1**      **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschriften über die 11. und 12. Sitzung des Naturschutzbeirates am 13.09.2022 und 15.11.2022**

#### Zur Niederschrift vom 15.11.2022

Frau Kögel trägt vor, dass Herr Niemeyer-Lüllwitz per E-Mail um eine Korrektur auf Seite 4 in TOP 3 im Beschluss gebeten habe. „Mit Mehrheit bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen“ sei unzutreffend. Das Ergebnis müsse korrekt lauten: „Mit 4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen angenommen“. Frau Kögel erläutert, dass die Software Session vom Ratsinformationssystem Vorschläge für Beschlusstexte vorgebe. Der Text „Mit Mehrheit bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen“ sei der am zutreffendste gewesen. Frau Kögel schlägt vor, hinter den Beschlusstext das exakte o.g. Stimmenverhältnis zu ergänzen. Dem folgen die Mitglieder des Naturschutzbeirates einstimmig mit einer Enthaltung.

#### **Beschluss:**

**Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 13.09.2022 wird ohne Aussprache genehmigt.**

- einstimmig bei einer Enthaltung -

#### **Beschluss:**

**Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 15.11.2022 wird mit folgender Einfügung genehmigt: auf Seite 4 wird In TOP 3 hinter den Beschlusstext eingefügt:**

**„Ja-Stimmen : 4, Enthaltungen : 6, Nein-Stimmen : 2“**

- einstimmig bei vier Enthaltungen -

-.-.-

### **Zu Punkt 2**      **Erstaufstellung des Bebauungsplans Nr. III/Br 41 „Wohngebiet Brake-West“**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5405/2020-2025

Frau Maaß erläutert anhand einer Präsentation (siehe Ratsinformationssystem) den Bebauungsplan, der sich im frühzeitigen Planungsstadium befinde, und informiert entsprechend der Beschlussvorlage.

Abschließend zeigt Frau Maaß eine Animation aus der Vogelflugperspektive, die u.a. folgende Aspekte dieser Bebauung hervorhebt: den aufgeschütteten Terrassenplatz im Zentrum mit Blick in die Landschaft, die gemeinschaftlichen Wohnanlagen, die Gemeinschaftsparkplätze für Zweit- und Drittfahrzeuge mit Photovoltaikanlagen, die Fuß- und Radwege, die weitgehend vom Fahrverkehr getrennt sind, Regenrückhalteflächen, ein Rückhaltebecken, Freizeitflächen im Süden wie z.B. einen

Bolzplatz, die pflanzliche Einrahmung der Grafenheider Straße im Süden, Spielplätze und die „Teppichhaus“-Bebauung anstelle eines Lärmschutzwalls. Alle weiteren Fragen wie die Bestandsaufnahmen, das Entwässerungskonzept und das vertiefende Verkehrskonzept kommen in der nächsten Planungsphase.

Herr Keitel zeigt anhand von Fotos, dass 95 % der B-Plan-Fläche im Landschaftsschutzgebiet liege. Die Bodenpunktzahlen seien sehr hoch und für die Landwirtschaft sei das Baugebiet ein hoher Verlust. Leider sei durch die Planung einer Straße mitten durch die Landschaft schon Schaden angerichtet worden, der nicht mehr wiedergutzumachen sei.

Zum Thema Biotopverbund schlägt Herr Keitel vor, dass die Flächen südlich der vorhandenen neuen Grafenheider Straße im B-Plan-Gebiet aufgeforstet werden, um den Verbund zwischen den umgebenden Biotopen zu gewährleisten. Für den angrenzenden Acker schlägt er vor das Ackerandstreifenprogramm anzuwenden und dadurch die Lebensraumfunktion zu verbessern.

Südlich der Grafenheider Straßen sollten seines Erachtens nach keine Freizeiteinrichtungen vorgesehen werden. Diese sollten auf die andere Seite der Straße gelegt werden, wobei die Bauflächen dann dichter bebaut werden sollten, um den Flächenverlust auszugleichen.

Ferner müssten planungsrelevante Arten gründlich beobachtet werden. In dem alten Gehöft vermutet Herr Keitel Fledermäuse.

Herr Keitel hält Brake vom Grundsatz her für eine Verdichtung der Bebauung für geeignet. Allerdings sei der ÖPNV dürftig. Die Busfahrt dauere eine Stunde in die Stadt. Die Bahn benötige nur 4 Minuten zum Hauptbahnhof. Fahrradstellplätze mit Elektrolademöglichkeiten sollten geschaffen werden. Des Weiteren sei das Verbot von Schottergärten wichtig. Herr Keitel zeigt am Gestaltungsplan, dass im Norden die Häuser verdichtet werden können. Auf 600 qm großen Grundstücken könnten sinnvoll 2 Parteien leben.

Herr Bopp begrüßt den Vorschlag von Herrn Keitel und das Konzept für die Siedlung. Ca. 2008 sei die Planung bereits im Naturschutzbeirat thematisiert worden, allerdings damals mit deutlich größeren Grundstücken. So sei die jetzige Planung ein Fortschritt.

Herr Prof. Dr. Sossinka befürwortet die Idee einer grünen Verbindungsspanne südlich der Grafenheider Straße.

Frau Maaß äußert, dass entlang der Engerschen Straße die Gebäude mindestens 6 m hoch sein müssten, um effektiven Lärmschutz zu erreichen. Das Umweltamt schlägt vor auch die Option begrünter Lärmschutzwälle zu prüfen. Idee sei es auch, ein Bodenmanagement mit Wiedereinbau des Bodens zu prüfen.

Frau Maaß erläutert, dass gemeinsame Stellplätze für das Zweit- oder Drittauto vorgesehen seien. Gleichwohl werden auf den Baugrundstücken auch Flächen für Zufahrten und Stellplätze genutzt werden. Der Versiegelungsgrad bzw. der Grünflächenanteil auf den Grundstücken werde erst im weiteren Planungsverlauf ermittelt.

Frau Maaß erklärt auf Nachfrage, dass in diesem sehr frühen Planungsstadium die Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung noch nicht vorliege. Der

jetzige Zeitpunkt sei gut, um Vorschläge für Ausgleichsmaßnahmen aus dem Naturschutzbeirat mit einzubeziehen. Herr Krumme erwarte dazu Vorschläge von der Stadt selber. Herr Keitel hält einen Ausgleich vor Ort am sinnvollsten.

Auf weitere Nachfrage erläutert Frau Maaß, dass der Naturschutzbeirat in der weiteren Planung beteiligt werden könne, wenn der Eingriff bilanziert sei und die ersten Vorschläge für die Ausgleichsmaßnahmen bestehen. Die nächsten Schritte seien die Erarbeitung des Artenschutzbeitrages und der Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung. Das Umweltamt werde in der nun anstehenden Stellungnahme Vorschläge zur Strukturierung der Freiräume durch Großgrün, zur Verbesserung des Luftaustausches, zu Dachbegrünungen, zur Regenwasserbewirtschaftung im Sinne des Schwammstadtprinzips, zu Schallschutzmaßnahmen und zu Wegeführungen unterbreiten.

Die Vorsitzende begrüßt den vorgestellten Entwurf mit den geäußerten Optimierungsvorschlägen und einer erneuten Beratung im Naturschutzbeirat mit Vorstellung der Ausgleichsmaßnahmen. Der Offenlandcharakter in Brake sollte erhalten bleiben. Dort sei eines der beiden letzten Schwerpunktgebiete des Kiebitzes.

Herr Bopp spricht sich dafür aus, mit dem Siedlungswasser künftig besser umgehen zu lernen, z.B. durch Vorhaltung von Wasser in Löschteichen. Im Vergleich zu anderen Wohnbebauungen (700 Wohneinheiten auf 9 ha) sollten hier mehr als 300 Wohneinheiten vorgesehen werden.

Herr Krumme schlägt vor, grundsätzlich die gesamten freien Flächen zu betrachten und Korridore festzulegen, die langfristig für den Naturschutz erhalten werden sollten. In diesen Bereichen sollten Flächen gekauft und Ersatzmaßnahmen durchgeführt werden.

Frau Maaß erinnert daran, dass die Stadt Möglichkeiten, so vorzugehen, nutze. Beispiel sei das Heckrinderprojekt in der Johannisbachau oder die Aufwertung der Reiherbachau.

Herr Keitel äußert, dass sich Bielefeld gegen eine zunehmende Zersiedlung wehren sollte und dass die Ausgleichsflächen innerhalb Bielefelds festgelegt werden sollten. Er erinnert an das NRW-Ziel, pro Tag nicht mehr als 5 ha Fläche zu versiegeln. Das bedeute für Bielefeld 13,5 ha pro Jahr. Einer darüberhinausgehenden Versiegelung sollte Einhalt geboten werden, auch durch Verdichtung im Innenraum.

Herr Weichynik erklärt, dieses Baugebiet sei eine der wenigen Möglichkeiten, bei der die Stadt ihre Vorstellungen von Stadtgestaltung umsetzen könne. Man sollte im Vorfeld ökologisch ein energetisches Gesamtkonzept für diese Siedlung fordern, z.B. Passivhausiedlung, Photovoltaik, Art der Energieversorgung, Auto als Energiespeicher.

Frau Maaß entgegnet, dass ein Energiekonzept mit den hier angerissenen Fragen entwickelt werden soll.

Herr Prof. Dr. Sossinka fordert, man sollte bei diesen städtischen Flächen z.B. der Stadt Heidelberg folgen. Dort werden neue Siedlungsgebiete innerhalb der Stadt Heidelberg nur noch als Passivsiedlungen gebaut, mit

dem Wärmestandard Passivhäuser.

**Beschluss:**

**Der Naturschutzbeirat stimmt dem vorgestellten Entwurfskonzept mit ökologischeren Gesichtspunkten und mit folgenden Verbesserungsvorschlägen zu:**

- Erweiterung der Biotopspace im südwestlichen Bereich,
- Verschieben der Freizeiteinrichtungen in den nördlichen Bereich,
- Verdichtung der Grundstücksgrößen inklusive möglicher Vergrößerung der Geschossigkeit,
- den ÖPNV verbessern,
- Passivhäuser festzusetzen,
- das Schwammstadtprinzip anzuwenden.

**Der Naturschutzbeirat begrüßt, dass bei dieser Planung die ökologischen Aspekte mit eingeflossen sind. Der Naturschutzbeirat bittet um die weitere Beteiligung in diesem Verfahren.**

- einstimmig bei zwei Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 3**

**Temporäre Baustraße für Kanalbau in den Straßen Am Fichtenbrink, Am Pferdebrink am Landeplatz Windelsbleiche, Variante V2**

Die Vorsitzende teilt mit, dass dieser Tagesordnungspunkt entfällt und in einer der nächsten Sitzungen behandelt wird.

Frau Hennen erläutert, dass dieser Punkt auf die Tagesordnung gekommen sei, da in der letzten Sitzung über die Baustraße als solche und über Variante 1 abgestimmt worden sei, aber nicht über Variante 2. Der Beschluss über Variante 2 sollte heute nachgeholt werden. Jedoch seien in der letzten Woche weitreichende Unterlagen vom Umweltbetrieb eingetroffen, u.a. die eingemessenen Baumstandorte. Dadurch ließ sich in der Kürze der Zeit keine Empfehlung für Variante 2 vorbereiten. Daher werde dieser Tagesordnungspunkt nun verschoben.

abgesetzt

-.-.-

**Zu Punkt 4**

**Verschiedenes, u.a. Zweite Rangerstelle für Bielefeld**

**4.1 Zweite Rangerstelle für Bielefeld (Anlage in der Einladung)**

Herr Maximilian Köhn stellt sich im Naturschutzbeirat vor. Er sei seit Oktober 2022 der zweite Ranger in Bielefeld und ausgebildeter Forstwirt bei der Stadt Bielefeld mit dem Schwerpunkt der praktischen Naturschutzarbeit im Forst.

Frau Möller erinnert an die Situation mit dem ersten Ranger Herrn Gellern, der sich damals ebenfalls im Naturschutzbeirat vorgestellt habe. Vor längerer Zeit sei erkannt worden, dass die Bedarfe im Wald und auch darüber hinaus einen Ranger sehr gut fordern, u.a. mit den Themen Mountainbiken, Naturschutz, und ordnungsrechtliche Aufgaben, so dass der Bedarf nach einem weiteren Ranger bestanden habe. Nun sei es gelungen, gemeinsam mit dem Arbeitgeber der Ranger, dem Landesbetrieb Wald und Holz und anderen Institutionen, die Finanzierung sicherzustellen. Frau Möller dankt für die Unterstützung der örtlichen Angelegenheiten der Stadt Bielefeld im Wald und wünscht viel Erfolg für diese Arbeit.

Auch die Vorsitzende wünscht Herrn Köhn viel gute Nervenstärke bei der Arbeit, besonders bei hartnäckigen Personen, die kontinuierlich gegen bestehende Naturschutzregeln agieren, wie z.B. manche Motorcross- oder Mountainbike-Fahrende. Angesichts der tatsächlichen Verstöße in der Natur und Landschaft schätzt sie den Bedarf an Rangern wesentlich höher ein.

Auf verschiedene Nachfragen hin erläutert Herr Köhn, dass er in der Anfangszeit gemeinsam mit dem „ersten“ Ranger durch die Waldgebiete laufe. In seiner Ausbildung habe er die privaten Wälder noch nicht kennengelernt. In den vergangenen drei Monaten seien seine Erfahrungen sehr vielschichtig gewesen, von Aktionen zur Umweltbildung bis hin zu Begegnungen mit aggressiven Personen. Bei den Mountainbike-Fahrenden tauchten in der Summe aktuell die meisten Probleme auf. Er selber habe einen Hund zur Begleitung in Planung und könne aktuell nur auf rhetorische Streitlösungen setzen. Herr Gellern sei mit seinem Hund im Gebiet unterwegs und stelle manchmal dessen respekteinflößende Wirkung fest. Schwerpunkt seiner Gänge gemeinsam mit Herrn Gellern seien bisher die Grillhotspots und die Mountainbikehotspots gewesen sowie Kontrollgänge nach Hinweisen von Privatpersonen.

Herr Krumme drückt seine Freude über die zweite Rangerstelle aus. Bereits seit längerem hätten die Stadt Bielefeld, die Forstbetriebsgemeinschaft Bielefeld, der Waldbauernverband, der Landesbetrieb Wald und Holz, der DSC Arminia Bielefeld und der Verein Bielewald begonnen, die zweite Stelle zu initiieren und schließlich zu finanzieren. Allen Beteiligten seien darüber im Klaren, wie viel im Forst im Argen sei, gerade an den Südhängen durch die Probleme mit den Mountainbike-Fahrenden. Herr Krumme sieht generell positive Auswirkungen durch die Präsenz und die Arbeit der Ranger.

Herr Weichynik berichtet, dass der Verein Naturfreunde Bielefeld, in dem auch Mountainbike-Fahrende vertreten seien, gemeinsam mit dem Landesbetrieb Wald und Holz und einem Planungsbüro gegen hohe Widerstände eine offizielle Mountainbikestrecke in Oerlinghausen im Wald errichten werden. Damit werde die Illegalität minimiert. Bielefeld habe seit 5 Jahren am Monte Scherbellino eine legale Mountainbikestrecke. Der Dialog mit den Mountainbike-Fahrenden sei sehr wichtig und müsse fortgeführt werden, um Dissonanzen abzubauen.

Herr Köhn unterstreicht die Wichtigkeit der Gespräche mit Mountainbike-Fahrenden und den Wald betreffenden Institutionen. Von beiden Seiten müsse mit vernünftigen Argumenten und Kompromissbereitschaft agiert

werden. Problematisch halte er vor allem die Querfeldein-Mountainbike-Fahrenden.

#### 4.2 Seminar Fachberatung Wespenschutz

Frau Hennen informiert über das kostenfreie Seminar „Fachberatung Wespenschutz“ am 18.02.2023 im Heimathof Leopoldshöhe mit Peter Tauchert, Ziel sei, gemeinsam mit dem Kreis Lippe und weiteren Kooperationspartnern angehende Wespenberater\*innen auszubilden, die dann ggf. als zusätzliche Berater\*innen in Bielefeld tätig werden könnten. Frau Hennen verweist auf die ausliegende Broschüre zu diesem Seminar.

#### 4.3 Gewässer entlang des Horstheider Weges

Frau Hennen erinnert an das Amphibienschutzgewässer und an das Gutachten der Biologischen Station Gütersloh/Bielefeld, das Empfehlungen zur Entwicklung des Teiches vorgeschlagen habe, um dessen Verlandung zu begegnen. Darüber sei auch vor einiger Zeit in der Tagespresse berichtet worden. In Vorbereitung der Revitalisierung des Stillgewässers werde in den nächsten Tagen damit begonnen Rückschnittmaßnahmen durchzuführen. Beidseitig des Horstheider Weges würden darüber hinaus Gehölze entfernt, um ein dauerhaftes Amphibienschutzsystem errichten zu können.

#### 4.4 Naturnaher hochwassersicherer Gewässerausbau der Weser-Lutter

Frau Hennen berichtet, dass dieses Großprojekt 2016 mit mehreren Bauabschnitten im Naturschutzbeirat vorgestellt worden sei. Der Bauabschnitt Fohlenwiese bis Eckendorfer Straße sei mittlerweile ausgebaut. Jetzt sei der Bauabschnitt Am Venn bis zur Einmündung Baderbach in Umsetzung. Dazu gehören u.a. die Aufweitung des Gewässerquerschnittes, Auenanbindung und variierende Böschungsneigungen. Mit vorbereitenden Gehölzmaßnahmen werde ab Mitte Februar begonnen. Die Betreuung durch eine ökologische Baubegleitung sei vorgesehen. Höhlenbäume seien kartiert. Ein Teil des Bodens könne bei den alten Klärteichen abgelagert werden. Die baulichen Maßnahmen starten im Sommer.

#### 4.5 Freiflächen-Photovoltaik-Anlage „Im Bargfelde“

Die Vorsitzende berichtet, dass Herr Niemeyer-Lüllwitz heute Mittag zu dem Thema Erneuerbare Energien bzw. Freiflächen-Photovoltaik-Anlage „Im Bargfelde“ Unterlagen an alle Mitglieder des Naturschutzbeirates per E-Mail versandt habe. Sie hält dieses Thema für so umfangreich, dass das Thema in einer der nächsten Sitzungen als Extra-Tagesordnungspunkt behandelt werden sollte. Im Bundestag sei geplant, eine Not-Verordnung zum Thema Erneuerbare Energien zu verabschieden. Dadurch würden naturschutzrechtliche Schutzvorschriften ausgehebelt. Die Vorsitzende spricht sich dafür aus, gut abgestimmt vernünftig hier einen Schulterchluss in Bielefeld zu erreichen. Sie könne dann die Gründe, weshalb sie im Rahmen der Beteiligungsfälle zu dem in Rede stehenden Einzelfall eine ablehnende Stellungnahme abgegeben habe, erläutern.

Frau Möller erläutert, dass in der Sache beide Bielefelder Tageszeitungen berichtet haben. Der Berichterstattung vorausgegangen war eine Mitteilung des Umweltamtes zur Sitzung der Bezirksvertretung Jöllenbeck am 19.01.2023 (siehe Ratsinformationssystem). In den Artikeln der Tagespresse komme eine wichtige Information nicht so deutlich zum Ausdruck, die in der Mitteilung des Umweltamtes an die Bezirksvertretung

enthalten gewesen sei. Zurzeit würde eine städtische Arbeitsgruppe, bestehend aus Bauamt und Umweltamt, eine Konzeptionierung für das gesamte Stadtgebiet erarbeiten und über dieses Konzept geeignete Flächen für PV-Freiflächenanlagen identifizieren. Hintergrund sei ein entsprechender politischer Auftrag aus dem AfUK, dem damit nachgekommen werde.

#### 4.6 Ergebnisse zum Amphibien sammeln und Liste Gehölzmaßnahmen des Umweltbetriebes

Herr Bopp erkundigt sich, ob es 1. bereits Ergebnisse zum Sammeln von Amphibien aus dem vergangenen Jahr gebe und ob 2. der Umweltbetrieb die zugesicherte Liste mit seinen Gehölzschnittmaßnahmen übermittelt habe? Frau Hennen antwortet zu Punkt 1., dass sie die Nachfrage nach den Sammelergebnissen Amphibien mitnehme und zu Punkt 2. dass die Liste durch den Umweltbetrieb nicht übermittelt worden sei. Erfolgt sei der Abgleich zwischen dem Umweltbetrieb und dem Umweltamt über die kritischen Flächen, also z.B. Baumpflegemaßnahmen in Naturschutzgebieten oder Biotopen.

#### 4.7 Ergänzung zu 4.4 Naturnaher hochwassersicherer Gewässerausbau der Weser-Lutter

Herr Bopp erkundigt sich, ob in dem Bereich Baderbach bis Meyer-zu-Heepen das Gewässer nicht sich selbst überlassen werden könne, damit weiterhin der angrenzende Baumbestand regelmäßig überflutet werde.

Frau Hennen antwortet, dass es einen Planfeststellungsbeschluss gebe und die Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie, die u.a. die Durchgängigkeit von der Quelle bis zur Mündung vorsehe, umzusetzen seien. Die notwendigen Maßnahmen seien festgestellt und politisch beschlossen worden und das stets in enger Abstimmung mit der Bezirksregierung.

Kenntnisnahme

-.-.-

---

Claudia Quirini-Jürgens  
Vorsitzende

---

Regina Kögel  
Schriftführung